



Bürgermeister
Dieter Dzewas

Lüdenscheid, 03.12.2012

Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dzewas,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates der Stadt Lüdenscheid zu nehmen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der LüWo ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, sowohl mit gesichertem als auch ungesichertem Aufenthaltsstatus, in üblichen Wohn- und Lebensverhältnissen zu erarbeiten.

Diese Maßnahme soll zunächst als Projekt über einen Zeitraum von drei Jahren auf fünf Familien mit Kindern begrenzt werden. Im Sinne des Projektes soll daher §1 Absatz 2 der Satzung für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid für die Familien keine Anwendung finden. Erforderlichenfalls ist in die Satzung eine entsprechende Ausnahmeregelung aufzunehmen.

Nach diesem Zeitraum wird im Rahmen einer Evaluation über die weitere Verfahrensweise entschieden. Als integrativer Einstieg in den Arbeitsmarkt sollte den teilnehmenden Familien die zuverlässige Teilnahme eines Elternteils an gemeinnütziger Tätigkeit von mindestens einem Jahr gegeben werden.

Begründung:

Hauptziel ist die bessere Einbindung insbesondere von Flüchtlingen und Asylbewerbern mit Kindern (auch mit ungesichertem Aufenthaltsstatus) in übliche Wohn- und Lebensverhältnisse, sofern diese bereit sind, sich aktiv am Eingliederungsprozess zu beteiligen. Damit verbunden ist auch die Absicht, Übergangsheimplätze sowie den Leerstand bei der LüWo zu reduzieren.

Derzeit erfolgt die Unterbringung des o.g. Personenkreises in städtischen Übergangsheimen.

Die frühkindliche Entwicklungsphase prägt Kinder für ihr ganzes Leben. Sie müssen in einem möglichst sicheren und menschenwürdigen Umfeld groß werden können. Dies gilt sowohl gleichermaßen für deutsche Kinder wie auch für Kinder ausländischer Flüchtlinge und Asylsuchender mit und ohne Duldungsstatus. Denn viele von ihnen wurden in Deutschland geboren, kennen nur unsere Gesellschaft und haben bei uns ihre Heimat gefunden. Sie sind Teil unserer Gesellschaft.

Es ist notwendig, auch für sie ein Umfeld zu schaffen, in welchem sie sich durch eine angemessene Fürsorge, adäquate Lebensführung, gute Schulausbildung und gesellschaftliche Integration frei entwickeln können.

Zur Gewährleistung einer auf die Zukunft ausgerichteten Integration und Anpassung an die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sind soziale Kontakte zu anderen Kindern und Nachbarn wichtig. Ein „normales“ Wohnumfeld ist Grundvoraussetzung für eine altersgerechte Entwicklung der Kinder – auch im Sinne einer präventiven Vorsorge. Dass ist in Übergangsheimen nicht möglich.

Neben dem humanitären Ansatz, der für uns an erster Stelle steht, müssen wir auch die finanziellen Folgen im Auge haben, die eine fehlende Beachtung und Wertschätzung der Kinder durch unsere Gesellschaft nach sich zieht. Denn wir sind in Zeiten des demografischen Wandels auch darauf angewiesen, dass junge Menschen, die in unserer Stadt leben, möglichst gute Start- und Entwicklungschancen haben. Nur so werden sie dauerhaft aktiv ihre Arbeitskraft einbringen und unsere Gesellschaft bereichern.

Wir sind auf Zuwanderung angewiesen und können somit bei diesem Personenkreis sicherstellen, dass er bei uns eine gute Ausbildung erhält.

Die negativen Folgen, die sich durch mangelnde Investition in den Nachwuchs ergeben, wurden erst kürzlich durch eine Prognos-Studie angeführt.

Daher ist eine nachhaltige Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie ihren Kindern dringend geboten und erfordert Maßnahmen, die einen dauerhaften Aufenthalt der Betroffenen fördern. Ein ordentliches Wohn- und Lebensverhältnis ist hierbei ein erster, wichtiger Schritt.

Zielsetzung:

Weitere wesentliche Ziele der Maßnahme sind:

- Bessere Integration der Betroffenen in unsere Gesellschaft
- Menschenwürdige/Kindgerechte Unterbringung
- Vermeidung sozialer Brennpunkte
- Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit
- Leerstandsreduzierung bei der LüWo

Die verstärkte dezentrale Unterbringung ausländischer Flüchtlinge im gesamten Stadtgebiet soll darüber hinaus zum Abbau bzw. zur Verhinderung von Fremdenfeindlichkeit beitragen und zum verständnisvollen Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen führen. Die Flüchtlinge sollen die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Normen und Werte verinnerlichen und schätzen lernen, indem sie durch das alltägliche und unmittelbare Miteinander einer Hausgemeinschaft dazu angehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ingo Diller

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Lüdenscheid

gez. Jens Holzrichter

FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Lüdenscheid

gez. Otto Bodenheimer

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Rat der Stadt Lüdenscheid